

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Handwerkskolleginnen und -kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich heiÙe Sie sehr herzlich willkommen zur Wintersitzung der Vollversammlung der Handwerkskammer Reutlingen. Besonders begrüÙen möchte ich zunächst Ministerialrat Bernd Scherrer als Vertreter des Wirtschaftsministeriums. Seien Sie uns herzlich willkommen.

Die Bundestagswahl ist jetzt bereits zwei Monate her, und die beiden Kontrahenten – CDU/CSU auf der einen und die SPD auf der anderen Seite – haben noch immer nicht zueinander gefunden. Die SPD, obwohl sie die eindeutige Wahlverliererin ist, dominiert allerdings in der öffentlichen Diskussion mit ihren Forderungen die Koalitionsverhandlungen.

Das ist Sigmar Gabriel offensichtlich seinen Parteimitgliedern schuldig, damit sie mit ihm den Weg in eine große Koalition gehen. Ob das, was am Ende dieser Verhandlungen stehen wird, gut für Deutschland – vor allem gut für das Handwerk – ist, das steht auf einem ganz anderen Blatt.

Jedenfalls hat die SPD mit ihrer Annäherung an die Linke eine Drohkulisse aufgebaut, und beherrscht mit ihren plakativen Forderungen nach einer Rente mit 63 oder der Einführung eines Mindestlohns die Verhandlungen in der Öffentlichkeit. Als Störfeuer für eine einvernehmliche Lösung kommt aus dem Unionslager die Forderung der CSU nach einer Pkw-Maut hinzu, die Angela Merkel noch im Fernsehduell mit Peer Steinbrück vor der Wahl kategorisch ausgeschlossen hatte. Und zuletzt stand sogar die Drohung von Neuwahlen im Raum.

Jedenfalls verstärkt sich der Eindruck, dass die Anliegen des Handwerks oder des Mittelstands ganz allgemein in den Koalitionsgesprächen nicht wahrgenommen werden: Kein Abbau der kalten Progression, dafür ein „verfrühen“ der Rentenreserve statt einer Beitragssenkung, um die Lohnnebenkosten zu reduzieren. Zu befürchten sind insgesamt eher mehr Auflagen und Bürokratie auf dem Arbeitsmarkt, weitere Steigerungen der Energiepreise sowie Einschränkungen bei Forschung und Innovation.

Soweit, meine sehr verehrten Damen und Herren, in aller Kürze die Bemerkungen zur Bundesebene. Kommen wir nun auf die Situation im Land zu sprechen. Höchste Priorität muss nach Meinung des Handwerks die Konsolidierung des Landeshaushalts haben. Steuererhöhungen sind definitiv der falsche Weg. Wir müssen offensichtlich immer wieder darauf hinweisen, dass nicht die Einnahmen das Problem sind – das Problem ist auf der Ausgaben- seite zu suchen.

Schließlich rechnet die Landesregierung ab 2015 mit 400 Millionen Euro Mehreinnahmen pro Jahr durch höhere Steuern. Allerdings dürfte zusätzlich im Hinterkopf so manch eines Politikers auch noch herumspuken, dass der Bund mit Steuererhöhungen Grundlagen schaffen wird, auf denen das Land dann seine mittelfristige Finanzplanung aufbauen kann.

Ein weiteres Dauerthema – Sie können es vielleicht nicht mehr hören – ist die Bildungspolitik. Wir sehen das von der Landesregierung ursprünglich herausgegebene Ziel einer fünfzigprozentigen Akademikerquote pro Jahrgang nach wie vor sehr kritisch. Ich möchte aber noch einmal hervorheben, was ich auch bereits bei der Feierstunde anlässlich des Innovationspreises der Kreissparkasse Reutlingen in Anwesenheit von Minister Nils Schmid gesagt habe: Wir freuen uns sehr über das inzwischen klare Bekenntnis des Finanz- und Wirtschaftsministers zur dualen Ausbildung und den Wert von nicht-akademischen Fachkräften.

Ein anderes Streitthema scheint jedoch bis tief in die Handwerksorganisationen selbst hineinzureichen – auch wenn es sich um auf Landesebene einstimmig beschlossene schulpolitische Positionen handelt: Ich meine das prinzipielle Plädoyer für die Gemeinschaftsschule und die Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem. Diese Einstimmigkeit hebe ich immer wieder deutlich hervor, weil es auf der anderen Seite immer wieder von Seiten einzelner Handwerksorganisationen bzw. deren Ehrenamtsträgern Kritik an dieser Position gibt.

Wenn diese Beschlüsse nicht mitgetragen werden können, dann sollte das in den entsprechenden Gremien vorgebracht und erörtert werden und nicht erst nachträglich auf öffentlichen Veranstaltungen kritisiert werden. Ein solches Vorgehen schwächt nämlich die Position des Handwerks insgesamt, und zwar nicht nur dann, wenn es um die Bildungspolitik geht.

Es dürfte doch unbestritten sein, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Ausbildungsreife der Jugendlichen wie auch die Berufsorientierung an den Schulen gestärkt werden muss. Unsere Betriebe brauchen qualifiziertes Personal. Damit sind natürlich nicht nur Abiturienten und Studenten gemeint, sondern eben auch Werkrealschüler und Realschüler. Das ist für die Stärkung der dualen Ausbildung von entscheidender Bedeutung.

Ich bin im Übrigen auch der Meinung, dass das Modell der Gemeinschaftsschule als Angebot an alle allgemeinbildenden Schulen zu verstehen ist. Die haben nämlich alle ein zunehmendes Problem mit heterogener werdenden Schülerschaften. Hier soll und kann das Konzept der Gemeinschaftsschule helfen. Freilich kann eine Gemeinschaftsschule vor Ort nur funktionieren, wenn alle Beteiligten sie auch wollen.

Als ein Beispiel kann ich immer wieder nur die vorbildliche Gustav-Werner-Schule in Waldorf-Häslach nennen. Hier kann man den Idealtyp einer solchen Schule aus Sicht des Handwerks kennenlernen.

Und noch etwas will ich anfügen: Sie wissen, dass die Landes-CDU immer noch meint, mit einem Bekenntnis zur Dreigliedrigkeit die Landtagswahlen 2016 gewinnen zu können. Dabei war bereits in den Zeitungen nachzulesen, dass auch die CDU intern längst an einem Konzept arbeitet, das ebenfalls auf der Zweigliedrigkeit aufbaut.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Anfang November gab es eine Delegationsreise des BWHT-Beirats nach Brüssel. Einige der Themen waren recht abstrakt, und ich möchte deshalb nur einige anreißen und nur die ausführlicher erwähnen, die für uns unmittelbar von Bedeutung sind.

Da ging es also unter anderem um die Reform des EU-Beihilferechts, das gelockert werden soll oder zum Beispiel um die Vermittlung von Fachkräften aus dem EU-Ausland. Dabei stößt man dann sehr bald auf Probleme wie zum Beispiel ein in Griechenland vollkommen brachliegendes Arbeitsverwaltungssystem, eine überbürokratisierte Arbeitsverwaltung in Spanien, die – wie früher in Deutschland – eine reine Arbeitslosenverwaltung ist.

Beim Thema Datenschutz wurden wir darüber informiert, dass auf unsere Betriebe vermehrt Informations- und Unterrichtungspflichten zukommen werden. Fraglich dabei ist, inwieweit das EU-Recht mit den deutschen Bestimmungen zur Aufbewahrung von Belegen nach dem HGB und dem Steuerrecht vereinbar sein wird. Der ZDH drängt in diesem Zusammenhang auf Kleinbetriebslösungen, wie sie ähnlich für Arztpraxen vorgesehen sind.

Ein weiteres großes Thema – das sich aber wahrscheinlich nur sehr langfristig wird umsetzen lassen – ist die EU-Steuerharmonisierung: Hier geht es vor allem darum, das Mehrwertsteuerrecht in den 28 EU-Staaten zu harmonisieren. Wegen des noch immer vorherrschenden Einstimmigkeitsprinzips gestaltet sich das außerordentlich schwierig: einzelne Länder sind nur dann bereit, der Harmonisierung zuzustimmen, wenn bestimmte Ausnahmen berücksichtigt werden. Diese wiederum würden aus den momentan 400 Artikel umfassenden Mehrwertsteuer-

richtlinien 4.000 machen, mit der Folge von noch weniger Transparenz und letztendlich dem Gegenteil der angestrebten Harmonisierung.

Dieses Einstimmigkeitsprinzip erschwert auch die Bekämpfung von „Mehrwertsteuer-Karussellbetrügereien“, denen mit Hilfe des „reverse-charge-prinzips“ beizukommen wäre: das heißt, nicht der leistende Unternehmer, sondern der unternehmerische Leistungsempfänger ist Umsatzsteuerschuldner. Betrügerische Vorsteuerabzugsmodelle wären so nicht mehr möglich.

Wie schleppend und letztendlich auch desillusionierend Veränderungsprozesse in der EU verlaufen zeigt auch ein Plan der vor sieben Jahren begründeten „Lissabon-Strategie“: die EU hätte bis 2012 zum wettbewerbsstärksten Wirtschaftsraum der Welt werden sollen. Das hat man nicht erreicht, wie wir alle wissen.

Die jetzt vorgesehene Anschluss-Strategie, der „Action Plan“, will die Identifikation der Bevölkerung mit der Attraktivität von Unternehmertum – die in Umfragen nur noch bei 37 Prozent liegen soll – anheben. Unternehmer zu sein soll künftig für junge Menschen „cool“ sein – so das Ziel. Erfolgreiche Unternehmer sollen sich also medial mehr als Idole vermarkten lassen, so wie das bislang bei Profileistungssportlern im Fußballer oder in der Formel-1 gelingt.

Darüber hinaus sollen auch bürokratische Hürden für Unternehmensgründungen abgebaut werden, und einmal in Insolvenz gegangene Unternehmer dürfen nicht länger sozial stigmatisiert werden – im Gegenteil: Bei Neugründungen muss ihr mit dem vorherigen Scheitern verbundenes Know-how als wertvoller Erfahrungsschatz statt als Inkompetenz angesehen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
ich komme nun abschließend zu einem Punkt, der das Handwerk existenziell betrifft. Es gibt Pläne des Rats und der EU-Kommission zur weiteren Deregulierung so genannter reglementierter Berufe.

Die Kommission vertritt die Auffassung, dass vor allem die Reglementierung des Marktzugangs in Form von Berufszulassungsvoraussetzungen für die wirtschaftlich schlechte Situation vornehmlich in den südlichen EU-Staaten verantwortlich ist.

Und obwohl Deutschland in Europa nicht wirklich im Süden liegt, ist dennoch konkret zum Beispiel der Meisterbrief in den zulassungspflichtigen Handwerken in Deutschland – aber auch der Diplom-Barkeeper und der Diplom-Reiseführer in anderen Ländern – gemeint. Von November 2013 bis Mitte 2015 müssen alle diese Berufe auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit der nationalen Reglementierung überprüft und anschließend „gegenseitig“ – was immer das heißen mag – evaluiert werden.

Das Argument des deutschen Handwerks, dass ein gut funktionierendes duales System notwendigerweise eine hohe Regulierung für den Marktzugang von Berufen erfordert, wird auf EU-Ebene von vielen Ländern nicht als zwingend angesehen. Denn es gibt auch Staaten in Europa – etwa wie die Schweiz – die ein vorbildliches duales Berufsbildungssystem vorweisen können, ohne dass der Marktzugang von Berufen reglementiert ist.

Dennoch werden wir natürlich weiterhin die Vorteile unseres Systems aufzeigen und auch auf die negativen Erfahrungen der Handwerksnovelle 2004 hinweisen müssen. Schließlich haben wir mit unserer niedrigen Jugendarbeitslosigkeit und unserem Fachkräftepotenzial eindeutige Vorteile gegenüber den Ländern, die ein solches System nicht haben. Und möglicherweise spielt in der Schweiz auch eine Rolle, dass die Bevölkerung dort einfach viel eher bereit ist, handwerkliche Arbeiten von gut ausgebildetem und gut bezahltem Fachpersonal durchführen zu lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
zum Abschluss der Informationsreise nach Brüssel kam es noch zu einem kurzen Treffen mit EU-Energiekommissar Oettinger. Auch er betonte, dass es nicht leicht sei, auf EU-Ebene den nach Auffassung des Handwerks zwingenden Zusammenhang zwischen beruflicher Marktzutrittsregulierung und dem Erfolg des dualen Berufsbildungssystems überzeugend herauszustellen.

Deutschland stoße hier immer wieder auf Ländervertreter, denen sich dieser Zusammenhang nicht erschließe. Es gelte darum, sich mit Ländern zu verbünden, in denen dieses System ebenfalls Tradition habe (also z.B. Österreich oder Luxemburg) oder Ländern, die für dieses System offenbar Sympathie hätten (Ungarn und der eine oder andere MOE-Staat). Unsere Argumente müssten immer wieder und mit Nachdruck vorgetragen werden. Daher, so das Fazit von Herrn Oettinger: „Lieber ein Mal mehr nach Brüssel und ein Mal weniger nach Berlin reisen.“

In Sachen Energiepolitik hat Herr Oettinger erneut aus seiner Skepsis über den zu raschen Ausbau der regenerativen Energien in Deutschland keinen Hehl gemacht: diese Formen seien zu „volatil“, also zu flüchtig – wenn der Strom gebraucht werde, werde er witterungsbedingt nicht im genügenden Ausmaß produziert; gebe es ihn in rauen Mengen (viel Sonne oder Wind), werde er wiederum nicht benötigt. Sinngemäß: Der Ausbau der Speichertechnologieforschung muss Vorrang haben vor weiterem Ausbau regenerativer Energien. Schließlich gelte zu bedenken, dass wir in Deutschland zurzeit nur eine Speicherkapazität von 24 Minuten haben!

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einige Worte zur Imagekampagne des Deutschen Handwerks sagen. Im Laufe des nächsten Jahres soll die zweite fünf-Jahres-Staffel beginnen – wir hatten in der letzten Vollversammlung den entsprechenden Beschluss dazu gefasst.

Es gab eine Ausschreibung, um die Agentur zu bestimmen, die das Konzept federführend fortführen soll. Als Ergebnis der Ausschreibung haben sich fünf Agenturen um die Neuvergabe beworben. Vor allem das überzeugende Regionalisierungskonzept der Agentur „Heimat“ hat die AG Image zu dem einstimmigen Votum veranlasst, dieser Agentur den Zuschlag zu erteilen. Sie kennen wahrscheinlich Kampagnen, die von ihnen gestaltet wurden: „Heimat“ arbeitet für die Volks- und Raiffeisenbanken, für Hornbach, für Burger King und andere bekannte Firmen.

Die bisherige Kampagne soll weiterentwickelt werden, aber sie soll natürlich weiterhin erkennbar bleiben. Deshalb sollen Farbgebung und Claim der „Wirtschaftsmacht von nebenan“ im Wesentlichen unverändert bleiben. Endgültig beschlossen werden soll das nächste Woche in Dortmund, wo auch ein neuer ZDH-Präsident gewählt werden wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
ich schließe damit meinen Bericht und über das Wort an Herrn Dr. Eisert. Vielen Dank.